

Stolper Post

Tageszeitung
für Stadt und Land



Amtliches
Publikations-Organ

Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die 6gespaltene Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten des Stadt- und Landkreises Stolp 10 Goldpfennig, für Stellensuche und Familienanzeigen 50% Nachlaß; die 3gespalt. Kellamezeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland

Nr. 92

Stolp, Mittwoch, den 21. April 1926

50. Jahrgang

Es kriselt

Vor einer Regierungskrise im Reich?

Die demokratische Presse bringt in großer Aufmachung „Alarmrufe“ über eine angeblich dicht bevorstehende Regierungskrise im Reich. Es wird behauptet, die Deutsche Volkspartei trage sich ernsthaft mit dem Plane, die Deutschnationalen wieder in die Regierung hineinzuziehen. Sie hält jetzt „den Zeitpunkt für den Sturz des Kabinetts Luther und für die Wiederherstellung der Rechtsmehrheit für gekommen“ und wolle „aus den Verhandlungen über das Fürstenabfindungsgesetz die Koalitionskrise entstehen lassen, durch die der Anschluß nach rechts erzwungen werden soll“. Zur Begründung dieser Behauptungen werden Äußerungen verschiedener völksparteilicher Blätter angeführt, daß man das Fürstenabfindungsgesetz besser mit den Deutschnationalen als mit den Sozialdemokraten im Reichstag zur Verabschiedung bringen soll, und ferner jene Rede des völksparteilichen Abgeordneten Heinze, in der dieser mit ziemlichem Nachdruck für die Bildung einer großen bürgerlichen Koalition, mit Einschluß der Deutschnationalen, eingetreten war. Es läßt sich nun allerdings nicht leugnen, daß in einem Teil der Deutschen Volkspartei jetzt wieder stärkere Neigung vorhanden ist, nicht nur in der Fürstenabfindungsangelegenheit, sondern auch in anderen politischen Fragen mit den Deutschnationalen zusammenzuarbeiten. Auch besteht der Wunsch nach Wiedereintritt der Deutschnationalen in die Reichsregierung ganz zweifellos nicht nur bei dem Abgeordneten Heinze, sondern auch bei anderen völksparteilichen. Diese Strömungen haben sich aber nach vorliegenden Informationen keineswegs so verdichtet, daß die demokratische Presse wirklich berechtigten Anlaß hätte, von einer bevorstehenden Regierungskrise zu sprechen. Auch von deutschnationaler Seite wird man gut tun, den Dingen zunächst mit kühler Reserve gegenüberzutreten. So begrüßenswert die bei der Volkspartei aufdämmende Einsicht, daß nur eine starke bürgerliche Mehrheitsregierung mit Einschluß der Deutschnationalen positive Arbeit leisten kann, an sich auch ist, so verfehlt wäre es, wollte man im deutschnationalen Lager diese zweifellos vorhandenen Symptome kritiklos hinnehmen und ihre Bedeutung überschätzen. Zunächst ist festzuhalten, daß bei der Weitaus überwiegenden Mehrheit derjenigen völksparteilichen, die den Wiedereintritt nach rechts betreiben, rein parteipolitische Motive die Rolle spielen, in erster Linie der Wunsch, sich von dem Dium der Stresemannschen Außenpolitik dadurch zu entlasten, daß man den größten Teil der Verantwortung für diese Politik den Deutschnationalen aufhals. Sehr bezeichnend schreibt die parteipolitische „Nationalliberale Korrespondenz“: „Die Einbeziehung der Deutschnationalen völkspartei ist eine Frage, die nur durch die Deutschnationalen selbst gelöst werden kann und solange keine akute Bedeutung hat, wie die Deutschnationalen bei ihrer grundsätzlichen Ablehnung der gegenwärtigen Außenpolitik beharren.“ Und die „Tägliche Rundschau“ erklärt in gleichem Sinne: „Es liegt bei den Deutschnationalen, ob sie die Initiative ergreifen wollen, um eine Aenderung herbeizuführen. Dazu gehört vor allem ein rückhaltloses Bekenntnis der gegenwärtigen Außenpolitik.“ Wenn die demokratische Presse in diesen völksparteilichen Äußerungen die versteckte Aufforderung an die Deutschnationalen zum Wiedereintritt in die Regierung sieht, so hat sie dazu einige Berechtigungen. Aber noch mehr Recht haben die Deutschnationalen, den Verstoß zu sehen, der hinter dieser Aufforderung steckt. Was die Deutsche Volkspartei betrifft, so halten wir andererseits ihre maßgebenden Leute für nicht so naiv, daß sie annehmen könnten, die Deutschnationalen würden bereitwillig unter das laudische Joch einer rückhaltlosen Anerkennung der Stresemannschen Trümmerpolitik gehen, nur um sich dadurch den Eintritt in die Regierung zu erkufen. Unter diesen Umständen wird es uns die Volkspartei auch nicht verargen können, wenn wir ihr freundliches Angebot nicht allzu ernst nehmen.

Englands Sorge um den Neutralitätsvertrag.

Trotz aller amtlichen Beruhigungserklärungen äußern sich die Blätter neuerdings über die Verjahrung, daß der deutsch-russische Vertrag mit den Abmachungen von Locarno nicht in Einklang zu bringen ist. Auch der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ äußert starke Bedenken und sieht besonders im Artikel 16 der Völkerbundstatuten ein Hindernis für einen deutsch-russischen Vertrag, in dem Deutschland sich Rußland gegenüber zur Neutralität verpflichtet. Der Korrespondent glaubt zu wissen, daß in englischen politischen und auch in amtlichen Kreisen die Meinung über die Bedeu-

tung des Abkommens und über die Haltung Großbritanniens stark geteilt sei. Auch die „Times“ nehmen heute an leitender Stelle zu den deutsch-russischen Verhandlungen Stellung und bemerken, daß die Versicherungen Deutschlands, der Vertrag stehe nicht im Widerspruch zu den Abmachungen von Locarno, sowohl vom britischen Außenminister, wie von Strachey an- genommen worden seien. Formal könne wohl kaum von irgendeiner Seite ein Einwand dagegen erhoben werden, daß Deutschland den Kapallovertrag entsprechend der durch Locarno geschaffenen Lage einer Revision unterziehe. Es müsse jedoch wiederholt werden, daß die Signatarmächte des Locarnovertrages zwar keinerlei Einwände gegen den deutsch-russischen Vertrag erheben könnten, daß aber die Tatsache eines deutschen Vertrages eine scharfe Mahnung darin sei, daß die Dinge in Europa nicht die Wendung genommen hätten, die man noch zu Beginn dieses Jahres erwartet habe. Die Erfüllung der Locarnoverträge sei verzögert worden und die kritische Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund sei nach den beschämenden Genfer Ereignissen ebenfalls verschoben worden. Obwohl der deutsch-russische Vertrag formell nicht gegen die Locarno-Abmachungen verstoße, so verdiene er trotzdem schon deshalb in England größte Beachtung, weil er mit einer Macht abgeschlossen würde, die alles das bekämpfe, wofür der Völkerbund eintrete. Diese Tatsache sei dafür bezeichnend, daß man den Locarno-Abmachungen aus dem Wege gehen wolle. Auch die „Westminster Gazette“ beschäftigt sich mit den deutsch-russischen Verhandlungen und kommt zu dem Schluß, es sei falsch, sich einzubilden, Deutschland könne immer wie ein armer Bettler vor den Toren des Völkerbundes behandelt werden.

Zusammensetzung der Studienkommission.

Genf, 20. April. Nach den im Völkerbundsekretariat vorliegenden Mitteilungen werden in der Studienkommission zur Ausgestaltung des Völkerbundsrates vertreten sein: England durch Lord Cecil und den juristischen Sachverständigen Sir Cecil Hurst, Frankreich durch Boncour und Fromaget, Brasilien durch Mello Franco, Italien durch Senator Scialoja, die Schweiz durch Bundesrat Motta, Polen durch Graf Strezynski, Spanien durch den bisherigen Berner Gesandten Berner Gesandten Leberka. Besonders Interesse verdient die Teilnahme der maßgebenden juristischen Berater der Rheinpaktmächte. Es fehlen noch genauere Angaben über die Vertreter Chinas, Argentiniens und Deutschlands.

Das Fürstengesetz verfassungsändernd.

Erklärungen des Innenministers im Rechtsausschuß. Der Rechtsausschuß des Reichstags trat am Dienstag wieder zusammen, um zu dem dritten Kompromißentwurf zur Fürstenabfindung Stellung zu nehmen. Im Laufe der Aussprache ergriff Reichsinnenminister Dr. Kütz das Wort, um zunächst zu erklären, daß der Entwurf in der jetzigen Form für die Regierung tragbar sei. Weiter erklärte er im Namen der Reichsregierung, daß sie den Gesetzentwurf für verfassungsändernd halte. Die herrschende Rechtsauffassung geht dahin, daß die bloße finanzielle Bereicherung der Allgemeinheit durch die Überführung von Privatbesitz in die öffentliche Hand noch nicht eine Enteignung zum Wohle der Allgemeinheit darstellt. Vom Standpunkt dieser Rechtsauffassung sind die einzelnen Vorschriften des Gesetzentwurfs mit dem Artikel 153, Absatz 2, der Reichsverfassung nicht vereinbar und der Gesetzentwurf bedeutet infolgedessen eine Verfassungsänderung, die zu ihrem rechtmäßigen Zustandekommen der verfassungsändernden Mehrheit bedarf. Zum Schluß betonte der Minister, daß die Reichsregierung den Enteignungsentwurf ebenfalls für verfassungsändernd hält.

Ein Vertreter des preussischen Finanzministeriums bezeichnet die Nachricht, daß das Hohenzollernhaus dem Staate sieben Millionen Steuern schulde, als unzutreffend. Tatsächlich seien dem Hohenzollernhause etwa 300 000 Mark Steuern bis zum 30. April d. J. gestundet worden.

Sozialpolitik im Landtag.

Berlin, 20. April.

Der Preussische Landtag nahm heute seine Verhandlungen wieder auf und erledigte zunächst kleinere Vorlagen, um dann die zweite Beratung des Haushalts für Volkswohlfahrt fortzusetzen. Dabei führte Wohlfahrtsminister Dirksener u. a. aus: Unberechtigte Beschwerden seien der Fürsorgetätigkeit

Generaloberst v. Seckt.

Zu seinem 60jährigen Geburtstag am 22. April.

Generaloberst Hans von Seckt, der derzeitige Chef der Heeresleitung kann am 22. April seinen 60jährigen Geburtstag begehen. Als Sohn des nachmaligen Generals der Infanterie von Seckt am 22. April 1866 zu Schleswig geboren, begann er seine militärische Laufbahn als Fahnenjunker im Kaiser-Alexander-Garde-Grenadier-Regiment. Bei Kriegsausbruch war er als Oberleutnant Chef des Stabes des 3. Armeekorps unter General von Kochow. Er nahm teil an dem Vormarsch der Armee Kluck und an den dann folgenden Stellungskämpfen an der Aisne. Besondere Verdienste erwarb er sich um die Vorbereitung der Kämpfe vom 8. bis 14. Januar 1915, durch die die Franzosen beiderseits von Soissons über die Aisne zurückgeworfen wurden. Am 29. Januar 1915 zum Obersten befördert, wurde er bald darauf Chef des Stabes der Heeresgruppe Madensen. Hier war seine größte Tat die Vorbereitung der Durchbruchschlacht bei Gorlice in Galizien. Er wurde dafür durch den Pour le merite und durch Beförderung zum Generalmajor (Juni 1915) ausgezeichnet. Unter Madensen hat er dann auch den serbischen Feldzug vorbereitet.

Nach der Revolution war Seckt zunächst beim Grenzschutz im Osten Generalstabschef beim Führer des Armee-Oberkommandos Nord, General von Quast, und trat dann als Chef des Allgemeinen Truppenamtes in das Reichswehrministerium ein. Nach dem Kapp-Putsch wurde er an Stelle des in den Putsch verwickelten Generals von Lüttwitz Chef der Heeresleitung. Unter schwierigsten Verhältnissen hat er es in dieser Stellung verstanden, die kleine Wehrmacht, die uns das Versailles-Diktat gelassen hatte, organisatorisch auszubauen. Vor allem ist es ihm auch gelungen, die Reichswehr von politischen Einflüssen freizuhalten, was namentlich in der ersten Zeit seiner Amtsführung, nach der Sturm- und Drangperiode des Kapp-Putsches nicht ganz leicht war. Es war nur dadurch möglich, daß sich Seckt auch für seine eigene Person von Anfang an jeder politischen Stellungnahme enthalten hat. Für ihn gibt es nur eine Pflicht: Dienst am Vaterlande. Mit dem gleichen Pflichtgefühl hat er auch die Reichswehr erfüllt. In Anerkennung der Verdienste, die er sich um das deutsche Vaterland erworben hat, wurde er vor kurzem zum Generalobersten befördert.

nur abträglich und verhinderten, daß das Bestreben des Ministers durchgeführt werde, die Kinder, die sich in der Gefahr der Verwahrlosung befinden, möglichst bald in die Fürsorgeerziehung zu bringen. Das Ministerium hoffe, daß mit besseren Verhältnissen auch auf diesem Gebiete wieder eine Abnahme der Ziffern der Ausgaben eintrete. Zu der Zahl der Unterstützungsempfänger sei eine Abnahme zu verzeichnen. Die Besserung auf diesem Gebiete erscheine immerhin doch als ein gutes Zeichen. Am 1. März d. J. habe man 1 247 000 Erwerbslose, am 1. April nur noch 1 188 000 gezählt. Das stelle ein wirkliches Zeichen der Besserung dar. Auch aus dem Rückgang der Wechselproteste könne man schließen, daß viele Betriebe ihre Arbeit hätten wieder aufnehmen können. Die Abschaffung der Bedürftigkeitsprüfung bei den Erwerbslosen könne bei den ungeheuren Anforderungen an Staat und Reich zurzeit leider nicht erfolgen. Es würden aber auch höchstens 5 Prozent der Erwerbslosen von dieser Prüfung betroffen. Für die Gesundheitswochen habe der preussische Staat einen Zuschuß in Höhe von 60 000 Mark gegeben, den Privatstellen sei aber kein Zuschuß gewährt worden. Der Minister erklärte zum Schluß, es wäre sein Bestreben, mit der Privatwohlfahrtspflege so eng wie möglich zusammen zu arbeiten, da durch die staatlichen Maßnahmen allein nichts umfassendes erreicht werden könne. Die Familie als die Keimzelle des Staates müsse unter allen Umständen in erster Linie gefördert werden. — Die Beratung des Haushalts soll morgen beim Abschnitt Wohnungs- und Siedlungswesen fortgesetzt werden.

Wohnungs- und Siedlungsfragen.

Die Forderungen des Gewerkschaftstages.

Auf dem christlichen Gewerkschaftstages in Dortmund sprach der preussische Wohlfahrtsminister Dirksener über Wohnungs- und Siedlungsfragen in Deutschland. Er führte u. a. aus:

„Die Wohnungsnot wird, wenn die Bautätigkeit wie im letzten Baujahr anhält, in zunehmendem Maße gemildert werden können. Der Uebergang zur freien Wirtschaft ist auch auf diesem Gebiet abzusehen. In der Vorkriegszeit waren die Wohnungsverhältnisse durchaus unbefriedigend. In den Städten herrschte die Mietkasernen vor. Auf dem Lande war der Mangel an geeigneten Wohnungen die Ursache der Landflucht und des Sachvergnäherums. Erst mit der Stabilisierung der Währung war es möglich, unsere Wohnungswirt-

